

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK**Bundesrepublik Deutschland****(1) China und die Bundesrepublik Deutschland****a) Außenminister Genscher auf seiner zweiten China-Reise**

Am 5. und 6. Oktober besuchte Genscher - nach kurzem Zwischenaufenthalt im Golf-Emirat Qatar - die VR China, wo er ein dichtgefülltes Programm absolvierte und u.a. mit Außenminister Huang Hua, Deng Xiaoping, Ministerpräsident Zhao Ziyang, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Gu Mu sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK, Wei Guoqing, zusammentraf.

Der Besuch fand nur sieben Wochen vor der geplanten Visite Breschnews in Bonn und nur zwei Wochen vor der Cancun-Konferenz über die Nord-Süd-Beziehungen statt. Die beiden wichtigsten Themen ("Ost-West" und "Nord-Süd") waren damit bereits vorgegeben. Es war Sache des Bundesaußenministers, seinen Gesprächspartnern die Verhandlungsziele des Westens und die Interessen der Bundesrepublik bei den Abrüstungsverhandlungen zu erläutern. In der Nord-Süd-Problematik galt es, den chinesischen Standpunkt zu erkunden, obwohl China ja schon Wochen vorher zentrierweise Material über seine Ansichten zur Nord-Süd-Frage publiziert hatte.

Weitere Gesprächsthemen außerhalb des bilateralen Rahmens waren die Krisenpunkte in Asien (Afghanistan, Kambodscha, China/Sowjetunion, Taiwan-Frage, Verhältnis China/ASEAN) und Nahost und die Frage des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, wobei der NATO-Doppelbeschluß, die Neutronenbomben-Frage und die MBFR-Verhandlungen in Wien im Mittelpunkt standen. Bei seiner Bankettrede am 5. Oktober trug Genscher sechs Grundsätze vor, die auch bereits Gegenstand seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung gewesen waren, nämlich Gewaltverzicht, Verzicht auf Vorherrschaft, gegenseitige Rücksichtnahme im internationalen Verkehr, Dialogbereitschaft, Wille zum Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen, Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes als Politik weltweiter Partnerschaft und Friedenssicherung (Bulletin der Bundesregierung vom 7.10.81). Für die chinesischen Zuhörer mag es besonders wohlthuend geklungen haben, daß Genscher die fortdauernde Besetzung Afghanistans und Kambodschas verurteilte und daß er das weitere Festhalten der Bundesrepublik an der NATO sowie an der EG betonte.

Für die deutsche Seite war es hörensenswert, daß die Chinesen nicht mehr, wie noch vor vier Jahren beim damali-

gen Besuch Genschers, von der "Unvermeidbarkeit des Krieges" sprachen, sondern den Wunsch nach Frieden und Stabilität betonten. China wird offensichtlich nach und nach zu einem Faktor internationaler Stabilität. Die Chinesen hatten auch Verständnis für die europäischen Bemühungen um eine Null-Lösung bei den Abrüstungsverhandlungen.

Getreu der bisherigen deutschen Praxis ließ sich der Außenminister auch diesmal nicht auf Polemik gegen die Sowjetunion ein. Außenminister Huang Hua allerdings nahm bei seiner Bankettrede am 5. Oktober kein Blatt vor den Mund. U.a. betonte er, daß die "großen wie die kleinen Hegemonisten sich nach wie vor weigern, ihre Aggressionstruppen aus Afghanistan bzw. Kampuchea abzuziehen. Die Hegemonisten setzen ihre Bemühungen fort, ihre globalstrategischen Dispositionen voranzutreiben. Sie praktizieren Infiltration, Subversion, Expansion und Aggression in verstärktem Maße... Die Bedrohung des Weltfriedens hat nicht im geringsten nachgelassen, sie ist eher ernster geworden..." (XNA, 6.10.81). Eine formelle "antihegemoniale Einheitsfront", wie sie Beijing gerne sähe, kommt für Bonn nicht in Frage. Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" betonte, daß Genscher seinen Besuch zu "hemmunglosen Ausfällen gegen die Sowjetunion" benutzt habe. Genscher habe all die alten Parolen aus dem "Arsenal der Rüstungsbefürworter und Entspannungsfeinde" aufgetischt, bis hin zur "Lüge von der Nachrüstung" (Neues Deutschland, 8.10.81). Nowosti betont, Genscher sei in der Residenz der chinesischen Führung innerhalb der "Verbotenen Stadt" empfangen worden, was "eindeutig als Zeichen einer besonderen Sympathie und Zuneigung für den Gast gewertet" werden müsse. Dem amerikanischen Außenminister Haig sei bei seinem Besuch im Sommer 1981 eine solche Ehre nicht zuteil geworden. Habe es sich hier nicht um eine Stichelei an die Adresse der Amerikaner gehandelt? Die vielsagenden Verneigungen vor dem Bundesaußenminister seien eine Facette aus dem schlaun Spiel der chinesischen Diplomatie des Lächelns, die auf die Empfänglichkeit des "Opfers" gemünzt sei. Für Genschers Entspannungsbegehrungen habe man in Beijing allerdings kein offenes Ohr gehabt.

Es kam also m.a.W. weder zu einer Entspannungs- noch zu einer antihegemonistischen Front!

Zu den Gesprächsthemen bilateraler Art gehörten der beiderseitige Wirtschafts- und Kulturaustausch. Das Handelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und China hat sich seit 1972 versechsfacht, wobei sich allerdings i.J. 1980 eine Verlangsamung bemerkbar machte. Gleichwohl steht die Bundesrepublik mit 3,5 Mrd. DM Außenwirtschaftsumsatz hinter Japan, Hong-

kong und den USA immer noch an vierter Stelle. In der Frage der Anfang 1981 im Zeichen der Wirtschaftsadjustierung verordneten Einstellung des Weiterbaus von Großprojekten sah Genscher sich veranlaßt, die Chinesen zur Vertragstreue zu mahnen. Gegenüber Zhao Ziyang betonte er, es sei besser, einzelne Projekte, an denen deutsche Unternehmer beteiligt sind (vor allem das Baoshan-Stahlwerk), um einige Jahre zu verschieben als sie ganz zu streichen. Allerdings wurden hier z.T. bereits wieder geöffnete Türen eingerannt, da China in der Zwischenzeit beschlossen hat, die erste Stufe des Baoshan-Stahlwerks nun doch wieder aufzunehmen und auch vielleicht den Ausbau der zweiten Stufe bis Mitte der achtziger Jahre ins Auge zu fassen. Die Chinesen machten ihrem Gast immer wieder klar, daß im Rahmen der Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen den Wirtschaftssektoren momentan der Infrastruktur-, Energie- und Konsumgütersektor Vorrang haben müsse.

Obwohl auch diesmal wieder zahlreiche Journalisten, Wissenschafts- und Wirtschaftsvertreter den Außenminister begleitet haben, wurde doch deutlich, daß China bei weitem nicht mehr jenen spektakulären Stellenwert im diplomatischen Geschäft hat wie noch vor wenigen Jahren, als beispielsweise der damalige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Auswärtige Fragen, Gerhard Schröder, die Volksrepublik besuchte. Der Besuch Chinas gehört heute m.a.W. zu den diplomatischen Pflichtübungen.

b) Minister und Landesministerpräsidenten auf China-Besuch

Im übrigen war Genschers Besuch nur eine von vielen Visiten deutscher Bundes- und Landesminister. U.a. hatten in den letzten Monaten Verkehrsminister Hauff, Wissenschafts- und Bildungsminister Engholm und die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (Späth) und Schleswig-Holstein (Stoltenberg) der Volksrepublik Visiten abgestattet - nicht zu vergessenen Gerhard Schröder, der i.J. 1972 das deutsch-chinesische Eis gebrochen hatte, und der im Mai an der "trilateralen Konferenz" in Beijing teilnahm.

Beim Besuch Hauffs im September 1981 war ein Abkommen über die Zusammenarbeit im Eisenbahnwesen unterzeichnet worden, das beide Seiten dazu verpflichtet, Informationen, Zeitschriften und entsprechende Materialien über das Eisenbahnwesen auszutauschen und die Modernisierung zu fördern. Eisenbahningeniure, Techniker, Verwaltungsexperten und andere Spezialisten sollen Studienreisen durchführen. Ferner sollen gemeinsame Forschungen bei Projekten gemeinsamen Interesses stattfinden

(XNA, 23.9.81). Im Mai hatte der frühere Bundespräsident, Walter Scheel, die Volksrepublik besucht.

Auch die Chinesen waren in der Zwischenzeit nicht untätig gewesen. Zu den wichtigsten Visiten gehörten der Besuch einer Delegation des NVK im Mai 1981 und der Besuch des chinesischen Generalstabschefs im Juni, der in der Bundesrepublik allerdings, wie es hieß, nur "touristischen Charakter" hatte.

c) Besuch von Wirtschaftsrepräsentanten

Der bereits erwähnte Lothar Späth eröffnete in der Stadt Shenyang eine Messe für Industrie und Technik, die unter der Schirmherrschaft des Landes Baden-Württemberg organisiert wurde. Von den vielen Wirtschaftsdelegationen wurde der Besuch des Daimler-Benz-AG-Vorstandes von der chinesischen Presse besonders hervorgehoben (XNA, 8.8.81). Im September 1981 eröffnete die Deutsche Bank ein Büro in Beijing. Die Bank bedient bereits jetzt ein Viertel des gesamten bilateralen Handels zwischen beiden Ländern. Sie folgte mit der Errichtung ihres Büros dem Beispiel anderer Geldinstitute, wie der Société Générale de France, der Banca Commerciale Italiana und drei amerikanischen Banken, nämlich der First National Bank of Chicago, der Bank of America und der Chase Manhattan Bank.

Aufmerksam werden auch kleinere Transaktionen notiert, so z.B. die Schenkung eines modern ausgerüsteten Klinik-Busses durch das Deutsche Rote Kreuz (XNA, 18.9.81).

Zu den Großaufträgen und dem beiderseitigen Handelsvolumen vgl. oben a).

Gemeinsam mit den chinesischen Kollegen suchen deutsche Geologen in China nach Erz. Grundlage dafür ist eine im Juni 1979 getroffene Vereinbarung zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Geologieministerium der VR China, die eine fünfjährige Kooperation in verschiedenen Bereichen der Rohstoffforschung und Geologie vorsieht. Z.Zt. sammeln drei deutsche Geologen und ihre hundert chinesischen Kollegen in der Provinz Hunan Gesteinsproben.

d) Kulturbeziehungen

Am 29. Oktober wurde zwischen der Max-Planck-Gesellschaft und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ein Abkommen über die wissenschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, das am 1. Januar 1982 in Kraft tritt und für drei Jahre gilt (XNA, 30.9.81). Wichtiger noch ist das Kulturaustauschprogramm 1982/83, das am 9. Oktober 1981 in Bonn unterzeichnet wurde und das Stipendien, Studium an Hochschulen, Hochschulpartnerschaften (u.a. zwischen der FU Berlin und der Beijing-Universität), ferner die Abhaltung von Kunst- und Buchausstellungen sowie von Theater- und Musik-Gastspielen vorsieht sowie weitere Kontakte im Bereich des Film-, Funk- und Fernsehens und des Sports anpeilt. Björn Engholm hatte bereits bei seinem Besuch im August 1981 in Beijing betont, daß die Bundesrepublik in Zukunft noch mehr Hilfestellung auf dem

Gebiet der Berufsausbildung leisten werde.

Ausstellungswesen: Im Mai wurde eine deutsche Ausstellung mit dem Titel "Fotografie in Wissenschaft und Technik" vom Stuttgarter Institut für Auslandsbeziehungen in Beijing eröffnet. Die Ausstellung wird noch in Tianjin, Shanghai und Guangzhou gezeigt (XNA, 29.5.81). China umgekehrt eröffnete eine Kunstausstellung, die hauptsächlich Exponate aus den Xi'an-Ausgrabungen zeigt, am 4. Oktober in Köln (XNA, 6.10.81). Die Max-Planck-Gesellschaft veranstaltete eine Ausstellung über vier große deutsche Wissenschaftler in Beijing, nämlich über Albert Einstein, Max von Laue, Otto Hahn und Lise Meitner (XNA, 28.9.81).

Manchmal gibt es freilich auch gewisse Grenzen: Das Auswärtige Amt hatte geplant, auf Chinesisch eine Zeitung zu publizieren - ein Plan, der gut gemeint war, der vom chinesischen Außenministerium allerdings mit der Einschränkung konterkariert wurde, daß diese Zeitung nur an solche Chinesen übergeben werden dürfe, die offizielle Kontakte mit bundesdeutschen Behörden haben. Eine Verteilung an Studenten oder andere Privatpersonen sei nicht statthaft. Die Publikation sollte Nachrichten und Berichte über die Bundesrepublik und über deutsch-chinesische Kontakte bringen.

Soweit es dagegen um reine Wissenschaft geht, sind Publikationen hoch willkommen, so z.B. die Ausstellung medizinischer Bücher des Springer-Verlags in Beijing (XNA, 28.10.81). Künftig wollen der Shanghai Verlag für Wissenschaft und Literatur und der Springer-Verlag zusammen zwei medizinische Werke auf Englisch herausbringen (XNA, 28.10.81).

Am 4. November unterzeichneten die dpa und die Deutsche Welle mit Xinhua und Radio Beijing Verträge für den Austausch von Journalisten.

e) Chinesische Berichte über Deutschland

Eine kleine Auswahl von Überschriften aus Berichten über die Bundesrepublik zeigt deutlich, wo der Schwerpunkt der chinesischen Berichterstattung liegt:

"Bonn sieht in sowjetischen Seefloten eine potentielle Gefahr" (XNA, 16.10.81), "Bundeskanzler Schmidts Reise in die Golfregion ist Teil der westlichen Bemühungen, die sowjetische Expansion in dem Gebiet aufzuhalten" (XNA, 2.5.81), "Westdeutsche Regierung weist sowjetische Beschuldigungen zurück" (XNA, 30.5.81), "Bundesrepublik erhöht ihren Verteidigungsetat" (XNA, 15.5.81), "Westdeutsche Opposition verurteilt Einsatz chemischer Kampfstoffe durch die Sowjetunion" (XNA, 11.5.81), "Bayerischer Ministerpräsident fordert die Sowjets auf, die international üblichen Verhaltensregeln zu beachten" (XNA, 1.5.81), "Kohl verurteilt sowjetische Politik der Spaltung des westlichen Bündnisses" (XNA, 23.8.81), "Westdeutsche Banken finanzieren sowjetische Gasleitungen" (XNA, 27.7.81).

- "Französischer Präsident und westdeutscher Kanzler führen Gespräche in Bonn" (XNA, 13.7.81), "Westdeutscher Außenminister besucht Spanien" (XNA, 14.6.81), "Westdeutscher Außenminister fordert Bemühungen zur Festigung der politischen Union Europas" (XNA, 16.8.81).

- "Westdeutscher Außenminister Genscher bekräftigt die Entschlossenheit zur Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses" (XNA, 1.6.81), "Schmidt hält am NATO-Doppelbeschuß fest" (XNA, 19.5.81), "Genscher: Sowjetunion trägt volle Verantwortung für westlichen Plan der Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen in Westeuropa" (XNA, 7.7.81), "Westdeutschland weist sowjetischen Moratoriumsvorschlag zurück" (XNA, 10.7.81), "Westdeutsches Parlament billigt Haltung der Regierung hinsichtlich der Stationierung von Raketen" (XNA, 28.5.81), "Schmidt betont, daß der Westen nicht einseitig abrüsten könne" (XNA, 11.10.81), "Schmidt verspricht Unterstützung der Stationierung von Neutronenbomben in Westdeutschland" (XNA, 24.8.81).

- "Westdeutsche demonstrieren gegen die Neutronenbombe" (XNA, 25.8.81), "Über die Pazifistische Bewegung in Westdeutschland" (Radio Beijing, 23.10.81, in SWB, 26.10.81) und "Zwei gegensätzliche Appelle in Westdeutschland über die Friedensbewegung" (gemeint sind die Appelle von Krefeld und von Datteln) (XNA, 16.9.81). China hält diese pazifistischen Bewegungen und Aufrufe für höchst bedenklich.

- "Westdeutschland verspricht Hilfe für Blockfreie Länder" (XNA, 17.7.81).

Dies also sind die fünf großen Themenbereiche: Antihegemonismus, Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der EG, Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses und Stationierung von Neutronenbomben, Bedenken gegen den in der Bundesrepublik sich breit machenden "Pazifismus" und Unterstützung der Blockfreien-Bewegung durch die Bundesrepublik.

-we-

(2) Deutsch-chinesische Zusammenarbeit im Energie-, Rohstoff- und Transportwesen vereinbart

Zwischen den Forschungsministerien in Bonn und Beijing wurde eine intensive Zusammenarbeit bei Energie- und Rohstoffproblemen vereinbart. Nach zweitägigen Beratungen der deutsch-chinesischen Kommission meinte der Bonner Staatssekretär Haunschild am 23.10.81 in Beijing, es gehe jetzt darum, die vor einem Jahr ins Auge gefaßten Forschungsprojekte zu realisieren und sich bei neuen Vorhaben auf Schwerpunktbereiche, wie Energie, Rohstoffe und Transportwesen, zu konzentrieren. Haunschild sprach die Hoffnung aus, daß die wissenschaftliche Zusammenarbeit auch der deutschen Industrie neue Chancen eröffnen werde. Bislang gäbe es zwar keine konkreten Zusagen für eine deutsche Beteiligung an der Nutzung der mit deutscher Hilfe explorierten und erschlossenen Kohle- und Erdöl-

vorkommen, doch wolle Bonn die chinesische Seite dazu bewegen, deutsche Firmen bei Ausschreibungen zu berücksichtigen.

Aufgrund von Regierungsvereinbarungen sind bisher 13 deutsch-chinesische Forschungsprojekte in Gang gekommen. In dem von der gemischten Regierungskommission aufgestellten Arbeitsprogramm für 1981 gibt es zwei neue Vorhaben, die sich mit der Nutzung von Rohrleitungen für den Transport von Feststoffen und mit dem Umweltschutz befassen. Bereits 1980 wurde ein Projekt vereinbart, das den Bau eines sogenannten Solar-dorfes in der Nähe von Beijing vorsieht. In ihm sollen Häuser gebaut werden, die besonders viel Sonnenwärme ins Innere der Räume dringen lassen. Durch Sonnenenergie soll auch das in den Haushalten benötigte Wasser erwärmt werden. Inzwischen haben chinesische Wissenschaftler mehrere Hausentwürfe vorgelegt (Ost-Informationen, 29.10.81).

-lou-

AFRIKA UND NAHOST

(3) Delegationen aus Togo und Benin: Freundlichkeiten, Ritual und Probleme

Im Berichtszeitraum besuchten der Präsident von Togo und der Außenminister von Benin die VR China.

Afrikanische Staatsmänner pflegen sich in China immer länger Zeit zu nehmen als Politiker von anderen Kontinenten - im Durchschnitt eine Woche. Im Anschluß an den Besuch in der Hauptstadt werden sie meistens noch nach Shanghai und nach Hangzhou oder Suzhou eskortiert. Zu besprechen gibt es selten Themen von Substanz. Das Ritual beherrscht die Szene. Die offiziellen Reden handeln viel vom Kampf der Völker Afrikas gegen den südafrikanischen Rassismus, vielleicht auch vom Hegemonismus und von der Notwendigkeit der Einigung des Kontinents sowie der Gewinnung wirtschaftlicher Unabhängigkeit. Von den bilateralen Beziehungen ist nur in allgemeinsten Worten die Rede. Meist ist mit dem Besuch eines afrikanischen Staatsmanns auch der Abschluß eines Kulturabkommens und - wenn es hoch kommt - sogar eines Wirtschaftsabkommens verbunden.

Dieses Schema lag auch dem Besuch des Präsidenten von Togo zugrunde (XNA, 26., 27. und 28.9.81). Auch diesmal war es für die chinesischen Gastgeber selbstverständlich, daß die politischen Spitzen, u.a. Deng Xiaoping, beim Gästeempfang zugegen waren. Am 27. September wurde ein Kulturabkommen zwischen beiden Staaten abgeschlossen, das eine Zusammenarbeit auf den Gebieten der Kultur, der Erziehung, des Gesundheitswesens, des Sports, der Verlagstätigkeit, der Presse, des Rundfunks, des Films und der Fernsehdienste vorsieht (XNA, 28.9.81). China kann auf diesem Wege nicht nur Politik, sondern auch eine Art Entwicklungshilfe leisten, da die Dienstleistungen bei der Ausführung de facto eine Einbahnstraße nehmen.

Der Besuch des togolesischen Präsidenten wurde noch durch zwei Punkte angereichert, nämlich durch die Tatsache, daß das Treffen von Cancun bevorstand, dessen entwicklungspolitische Anstöße ja gerade für Afrika von besonderer Bedeutung sind, und zum anderen durch die Unterzeichnung eines Verteidigungsprotokolls von sieben westafrikanischen Staaten, in dem China nicht nur eine Regionalisierungsvariante, sondern darüber hinaus auch eine antihegemonistische Komponente sieht (XNA, 24.7.81).

Trotz aller Abschlüsse von Kulturabkommen und aller freundlichen Gesten konnte bisher nicht verhindert werden, daß die wichtigsten permanenten Verbindungsleute, nämlich schwarz afrikanische Studenten, sich in China selten zu Hause fühlen. Es hätte nicht erst der schweren Schlägereien am Shanghai-Textilinstitut i.J. 1979 bedurft, um zu zeigen, wie offensichtlich unvereinbar die Verhaltenskulturen schwarzer und chinesischer Studenten sind. Studenten aus Afrika klagen westlichen Korrespondenten gegenüber (vgl. z.B. The Observer, 11.10.81) darüber, daß sie von ihren chinesischen Kommilitonen im allgemeinen "geschnitten" werden. Chinesinnen vor allem, die afrikanischen Studenten gegenüber auch nur Zeichen besonderer Sympathie erweisen, müssen mit Abberufung von der Universität - schlimmstenfalls sogar mit Erziehungslager rechnen. Leicht gehe chinesischen Studenten der Ruf "Schwarzer Teufel" von den Lippen. Die meisten afrikanischen Studenten kommen aus Tansania, dem Sudan, Somalia, Zaire und Zimbabwe.

-we-

(4) Lebhaftige Kontakte mit Delegationen aus dem "Horn von Afrika"

Zwei Delegationen, nämlich eine Abordnung der Nationalversammlung von Djibouti (XNA, 16.9.81) und eine Gruppierung der Somalischen Revolutionären Sozialistischen Partei (XNA, 22.8.81), besuchten die Volksrepublik und übten dort scharfe Kritik an den sowjetischen Ambitionen in Nordostafrika. Die Chinesen stimmten darin überein, daß das Horn von Afrika, der Indische Ozean und das Rote Meer ein Pulverfaß seien, das ständig von einigen Großmächten umlagert werde. Djibouti liege am Eingang zum Roten Meer. Zur Wahrung des Friedens in diesem Bereich sei der Kleinstaat allein nicht fähig, sondern bedürfe auch der Unterstützung durch andere Länder, einschließlich der Hilfe Chinas. Die labile Lage am Horn von Afrika sei auf die "sowjetische Aggression und Intervention" zurückzuführen. Die Somalische Revolutionäre Sozialistische Partei unterhält seit 1978 offizielle Beziehungen mit der KPCh.

Obwohl Somalia und Äthiopien wegen der Ogaden-Frage seit Jahren Gewehr bei Fuß einander gegenüberstehen, hat sich China doch nicht davon abhalten lassen, neben seinen guten Beziehungen zu Somalia auch in Äthiopien, das ja zur Zeit Haile Selassie noch eng mit Beijing befreundet war, einige Hilfsprojekte weiterzuführen, die von den Äthiopiern als Ausdruck fortbestehender Sympathie zwischen den beiden "Völkern" gedeutet

werden können. Im Oktober wurde beispielsweise ein Trinkwasseraufbereitungsprojekt für 18.000 Einwohner in vier äthiopischen Städten fertiggestellt (XNA, 22.10.81).

-we-

(5) Yasir Arafat in China

Vom 7. bis 10. Oktober besuchte eine PLO-Delegation unter Führung Arafats die VR China - und zwar im Zuge einer umfassenden Visite, die über Nordkorea und Japan nach Vietnam weiterführte und einige Wochen später in Moskau fortgesetzt wurde.

Es gab größtenteils Übereinstimmung. Seit Jahren steht Beijing ja hinter der PLO, unterstützt sie politisch nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen ihre palästinensischen Konkurrenten, liefert Waffen an sie und hat sie auch diplomatisch anerkannt.

Das Kernproblem der gesamten Mittelost-Problematik ist auch nach chinesischer Auffassung die palästinensische Frage. Wenn sie nicht gelöst werde, so sei daran direkt Israel und indirekt jede der beiden Supermächte schuld, die um Einfluß in der Region rivalisierten.

Inzwischen gibt es zwei Vorschläge zur Lösung des Palästina-Problems, die von der PLO und von Beijing übereinstimmend für gut befunden werden, nämlich einmal den Drei-Punkte-Plan der PLO (1. Israelischer Rückzug aus allen Territorien, die seit 1976 besetzt wurden; 2. Übergangszeit unter UNO-Überwachung; 3. eine von der UNO organisierte Konferenz, an der auch israelische und palästinensische Vertreter teilnehmen, soll nach einer annehmbaren Lösung suchen); zum anderen den saudiarabischen Acht-Punkte-Plan für eine friedliche Lösung und für eine Koexistenz zwischen Israel und einem künftigen palästinensischen Staat, der implizit auch das Existenzrecht Israels anerkennt (Näheres dazu C.a., August 1981, Ü 1, und XNA, 8.10.81). Dieser Acht-Punkte-Plan wird in der Zwischenzeit auch von der PLO unterschrieben. Beide Pläne gehen davon aus, daß die Probleme der Region von den lokalen Kräften - und nicht etwa von den Supermächten - gelöst werden müssen.

In zwei Fragen allerdings gab es Meinungsverschiedenheiten, nämlich anläßlich der Ermordung von Sadat, die von den Chinesen als "großes Unglück", von Arafat dagegen als eine glückliche Schickung (dies ist das "Totengeläute für die Verträge von Camp David") bejubelt wurde.

Der andere Punkt betrifft Waffenlieferungen. Arafat hatte den Chinesen einen umfangreichen Wunschzettel vorgelegt, den die Chinesen nur zum Teil einlösen wollen. Wie Deng Xiaoping beim Zusammentreffen mit Arafat bemerkte, stehe die PLO zwar an der "vordersten Front des Kampfes um die nationale Befreiung; wir fühlen uns als Waffenbrüder der Palästinenser... Jedoch ist unsere Hilfsfähigkeit beschränkt. Ihr müßt Euch hauptsächlich auf Eure eigenen Kräfte und auf die Einheit der arabischen Länder und Völker stützen" (XNA, 9.10.81). Näheres über die Waffen, die China - in beschränktem Maße - liefern wird,

wurde aus verständlichen Gründen nicht bekannt. Die Hilfe dürfte sich jedoch nach wie vor auf Infanteriewaffen, vielleicht sogar auf Flugzeugabwehrraketen, erstrecken.

Von diesen beiden Punkten abgesehen, herrschte aber, wie gesagt, Einigkeit. Vor allem drängt China nun darauf, daß die Pattsituation in Nahost, die darin besteht, daß Israel mit der PLO nicht verhandeln will, endlich überwunden wird. Die PLO habe nun mit ihren Vorschlägen das Ihre getan und nun sei der Schwarze Peter bei Israel. Auch die USA hätten hier ihren Beitrag zu leisten und sollten Druck auf Jerusalem ausüben, damit es sich kompromißbereiter zeige.

Gleichzeitig griff die chinesische Propaganda die Sowjetunion an und stellte vor allem die sowjetisch-israelischen Gespräche am Rande der UNO-Vollversammlung in New York an den Pranger (XNA, 28.9.81). Es sei ein "Betrug an den arabischen Ländern", wenn der sowjetische Außenminister Gromyko ausgerechnet zu einem Zeitpunkt mit seinem israelischen Amtskollegen konferiere, da Israel vom Großteil der internationalen Gemeinschaft isoliert sei. Offensichtlich wolle die Sowjetunion die Spannungen in Nahost aufrechterhalten, indem es den Israelis den Rücken stärke.

Schon bei der UNO-Vollversammlung hatte Außenminister Huang Hua Chinas Standpunkt zur Nahost-Frage erneut präzisiert: Israel müsse sich aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalem, zurückziehen. Zu den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes gehöre das Recht auf Rückkehr in die Heimat, auf nationale Selbstbestimmung und auf die Gründung eines eigenen Staates. Die USA müßten ihre einseitige Pro-Israel-Politik ändern und die Rechte der Palästinenser anerkennen. Im übrigen aber hätten die Länder der Region unter sich eine Lösung der Mittelost-Frage auszumachen (XNA, 9.9.81).

-we-

ASIEN

(6) Erneut Sand im Getriebe der indisch-chinesischen Beziehungen

Als Außenminister Huang Hua vom 26. bis 30. Juni 1981 Indien besucht hatte, schien es, als seien die wichtigsten Hindernisse zwischen beiden Staaten ausgeräumt (Näheres C.a., April 1981, Ü 9, und C.a., Juni 1981, Ü 4). Beide Regierungen waren damals darin übereingekommen, die Gemeinsamkeiten (vor allem hinsichtlich der Blockfreien-Bewegung, der Afghanistan-Frage, der Errichtung einer internationalen Wirtschaftsordnung, der Südasiatischen Gemeinschaft, der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz) zu betonen, die Differenzen dagegen so klein wie möglich zu schreiben. Beschworen wurde vor allem der Geist der fünfziger Jahre und hier wiederum die enge Zusammenarbeit zwischen Nehru und Zhou Enlai.

Diesen Geist solle man nach und nach wiederbeleben. Vor allem müsse man die Hauptfrage, nämlich das Grenz-

problem, anpacken und dazu baldmöglichst Gespräche beginnen. Ferner sollten die kulturellen, wissenschaftlichen und technologischen Beziehungen ausgebaut und der Besucheraustausch zwischen beiden Ländern erhöht werden. In den Grenzregionen solle der Status quo einstweilen beibehalten werden, bis eine endgültige Lösung getroffen sei (XNA, 29.6. und 1.7.81). Der Huang-Hua-Besuch fand ein positives Presseecho in Indien. Man erwartete damals auch, daß es bald zu einem Besuch Indira Ghandis nach China komme. Auch hoffte man langfristig auf eine "Paketlösung" der Grenzfrage, die auf einen Kompromiß hinausliefe: Im Westabschnitt soll China die bereits mit der Aksai-Chin-Straße durchzogenen Areele behalten dürfen, während im Ostabschnitt Indien zum Zuge kommen sollte. Auf diese Weise würden beiderseits etwa je 36.000-40.000 qkm ausgetauscht. Man war sich offensichtlich darüber im klaren, daß das Grenzspiel bald beginnen könnte, auch wenn es hart würde. Eine allseitige Kontakterweiterung zwischen beiden Staaten sollte die Wege ebnen. Einen Versuch, die Freundschaftsbeziehungen Indiens zur Sowjetunion zu torpedieren, unternahm Huang Hua nicht; er wußte wohl, daß er hiermit ins Leere stoßen würde.

Auf den Optimismus, der sich nach dem Huang-Hua-Besuch beiderseits ausgebreitet hatte, ist inzwischen allerdings Schatten gefallen:

- Da war zunächst eine Rede des indischen Außenministers Rao vor der Lok Sabha (Volkshaus), derzufolge China 14.500 qkm indischen Territoriums in der Ladakh-Region und über 2.000 qkm in dem von Pakistan kontrollierten Kashmir-Teil illegal besetzt halte. China sah sich veranlaßt, gegen diese Behauptung zu protestieren: Die Volksrepublik habe keinen Zoll indischen Territoriums okkupiert; im Gegenteil habe Indien 1950 die traditionelle Linie im Ostabschnitt der chinesisch-indischen Grenze durchbrochen und etwa 90.000 qkm chinesischen Territoriums okkupiert, ja darüber hinaus sogar Anspruch auf weiteres chinesisches Territorium erhoben. Was das Territorium im Kashmir-Bereich anbelangt, so wurde hier zwischen China und Pakistan i.J. 1963 ein Grenzvertrag abgeschlossen. In Art.6 dieses pakistansisch-chinesischen Vertrags heißt es, daß nach der Lösung der Kashmir-Frage zwischen Pakistan und Indien nochmals Verhandlungen zwischen den drei Staaten aufgenommen werden sollen, die das Grenzabkommen von 1963 durch ein neu zu vereinbarendes Abkommen ersetzen sollen. Die weiteren Grenzen seien ungeregt, müßten als Hinterlassenschaft des Imperialismus betrachtet werden und seien regelungsbedürftig. China wolle gerne mit sich reden lassen (RMRB, 30.9.81).

- Ein weiterer Zwischenfall war die vorübergehende Verweigerung eines Visums an einen indischen Abgeordneten, der anlässlich eines Parlamentariertreffens zusammen mit anderen Abgeordneten nach China einreisen wollte. Dieser Abgeordnete trat in der Anmeldeungsliste als "Speaker" des Unionsgebietes Arunachal Pradesh auf - eines Gebietes, das nach chinesischer Ansicht nicht indisch, sondern chinesisch ist und zu jenen

90.000 qkm südlich der McMahon-Linie gehört, die Indien nach chinesischer Ansicht illegal in den frühen fünfziger Jahren besetzt hatte. Die chinesische Regierung habe sich, wie Xinhua (XNA, 19.10.81) betont, immer wieder "kategorisch geweigert, diesen Pradesh anzuerkennen". Aus diesem Grunde auch könne das Visum nicht ausgestellt werden.

Nach einigem Hin und Her wurde das Visum dann doch noch erteilt - allerdings nicht mehr als Sammel-, sondern nur noch als Einzelvisum und unter Weglassung des beanstandeten Titels.

Die ganze Angelegenheit wäre eine nebensächliche Episode geblieben, wenn sie nicht so ungemein bezeichnend für die Empfindlichkeiten wäre, die zwischen beiden Staaten hinsichtlich des Grenzkomplexes bestehen.

- Ein weiterer Ausdruck dieser Idiosynkrasie waren chinesische Proteste gegen Anschuldigungen in der indischen Zeitung "Statesman", denen zufolge chinesische Truppen Anfang September nach Indien eingedrungen seien. Die Volkszeitung erinnerte in diesem Zusammenhang an Regierungsvereinbarungen zwischen Beijing und Delhi, nach denen bald über Grenzstreitigkeiten zu verhandeln sei, und wirft dem Bericht vor, er schade der angestrebten Verbesserung der beiderseitigen freundschaftlichen Beziehungen.

- Scharfen Protest hat schließlich auch das Gratulationsschreiben einiger indischer Abgeordneter an Taibei anlässlich des 70. Gründungstages der Republik China ausgelöst (XNA, 14.10.81).

Indessen dauern die guten Beziehungen Indiens zur Sowjetunion an. Dies wurde besonders deutlich beim 10. Jahrestag des Abschlusses des sowjetisch-indischen Freundschaftsvertrages vom August 1971. In einem Artikel Gromykos in der "Prawda" wird auf die amerikanische und die chinesische Gefahr für Indien hingewiesen und vor der Illusion einer indisch-chinesischen Annäherung gewarnt. Gromyko erwähnt auch die amerikanischen und chinesischen Waffenlieferungen an Pakistan, die für das Gleichgewicht der Kräfte in der Region eine Bedrohung seien. Die Sowjetunion sei weiterhin bereit, zur Stärkung der indischen Verteidigungskraft Waffen zu liefern.

Beijing will allerdings wahrgenommen haben, daß Frau Gandhi sich geweigert habe, anlässlich des 10jährigen Jubiläums nach Moskau zu reisen. Nicht einmal Außenminister Rao sei einer solchen Einladung gefolgt (XNA, 20.7.81).

-we-

(7) China und Nordkorea: Jubiläum der Waffenbrüderschaft, Unterstützung der nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorstellungen, offizieller Tadel der US-Präsenz in Südkorea und Propaganda gegen Südkorea

Hätte Beijing dem Pufferstaat Korea nicht schon immer erhöhte Aufmerk-

samkeit zugewandt, so hätten spätestens der Einmarsch der Sowjettruppen in Afghanistan - also an der Westgrenze Chinas - und die enge Zusammenarbeit der Sowjetunion mit Vietnam - also an der Südfanke Chinas - die chinesische Korea-Politik erneut intensivieren müssen.

Ein Afghanistan oder ein Vietnam in Nordkorea wäre eine Katastrophe für China. Also darf nichts unterlassen werden, um die nordkoreanische Führung in prochinesischem Sinne bei Laune zu halten. Dieses fast schon krampfhaft Bemühen ist letztlich auch für die Starrheit der chinesischen Nordkorea-Politik verantwortlich. Im allgemeinen sind es immer wieder die fünf gleichen Themen, um die sich Politik und Berichterstattung drehen, nämlich die Betonung der Gemeinsamkeit in Krieg und Frieden, die Unterstützung der nordkoreanischen Wiedervereinigungsvorstellungen, die negative Bewertung der US-Präsenz in Korea, die den Chinesen doch eigentlich durchaus recht sein müßte, des weiteren die permanente Anschwärzung der Zustände in Südkorea und schließlich die Dauerauseinandersetzungen mit sowjetischen Vorwürfen einer chinesischen Zusammenarbeit mit Südkorea.

a) Gemeinsamkeiten in Krieg und Frieden

Zweimal im Jahr, nämlich am 25. Juni und am 25. Oktober, kommt es zu feierlichen chinesisch-nordkoreanischen Begegnungen, nämlich zum Jahrestag des Beginns des "koreanischen Vaterländischen Befreiungskriegs" (25. Juni 1950) und zum Jahrestag anlässlich des Eintritts der "chinesischen Volksfreiwilligen in den Korea-Krieg" (25. Oktober 1950) (XNA, 26.10.81). Auch diesmal wurde die damalige Waffenbrüderschaft gefeiert, die übrigens bis 1958 dauerte. Erst damals nämlich zogen sich die letzten chinesischen Einheiten aus Nordkorea zurück (ebenda).

Ein drittes Jubiläum wird im allgemeinen - auf ebenso ritualistische Weise - am 11. Juli jedes Jahres begangen. An diesem Tag nämlich kam es i. J. 1961 zur Unterzeichnung des chinesisch-koreanischen Freundschafts-, Zusammenarbeits- und Beistandspaktes.

Bei jeder dieser Gelegenheiten wiederholt China seine alten drei Forderungen: Das UNO-Kommando in Korea (bestehend hauptsächlich aus US-Truppen) sei aufzulösen, ferner seien alle unter UNO-Flagge in Südkorea stationierten ausländischen Truppen abgezogen und das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom durch ein Friedensabkommen zu ersetzen, das von den am koreanischen Waffenstillstandsabkommen Beteiligten unterzeichnet werden müßte. Korea dürfe nicht für alle Zeit in "unnatürlichen" Zustand des Waffenstillstands bleiben, der ja bereits seit 1953 in Kraft ist. Wie lange noch soll diese Pattsituation eigentlich aufrechterhalten werden? Aufgrund des Waffenstillstandsabkommens sollte dem Waffenstillstand von 1953 eine politische Konferenz auf höherer Ebene über die Lösung der Korea-Frage folgen. Wegen der "Sabotage der USA" habe bisher aber nicht einmal eine vorbereitende Konferenz stattgefunden. Auch 1954 hätten die

USA einen koreanisch-chinesischen Vorschlag auf Einberufung einer politischen Konferenz verhindert. All diese Tatsachen bewiesen, daß die Einmischung der USA in Korea die Wurzel der dauernden Spannungen in Korea sei. Der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung der Korea-Frage liege im Abschluß eines Friedensabkommens, welches das Waffenstillstandsabkommen ersetzt, und im Abzug aller US-Truppen (vgl. dazu beispielsweise schon den UNO-Beitrag Chinas in BRU 1975, Nr. 40, S. 13 f.). Alle Versuche der USA, zwei Korea zu schaffen und die Teilung des Landes zu verewigen, müßten auf lange Sicht scheitern.

b) Die Wiedervereinigungsfrage

Nach den Vorstellungen Nordkoreas, die 1972 zum ersten Mal vorgetragen wurden, sollte die Wiedervereinigung durch eine Konföderation des Nordens mit dem Süden herbeigeführt werden. Diese Konföderation zielt darauf ab, bei zeitweiliger Beibehaltung der unterschiedlichen politischen Systeme in Nord und Süd ein gemeinsames Organ zu bilden, das paritätisch aus Vertretern des Nordens und des Südens zusammengesetzt ist, und dessen Aufgabe es sein sollte, über alle Fragen Beschlüsse zu fassen, die die nationale Frage berühren. Obwohl zwei Drittel der 50 Millionen Koreaner im Süden leben, besteht der Norden auf Gleichstimmigkeit. Nach außen hin sollte Korea dann als Einheitsstaat unter der Bezeichnung "Konföderative Republik Koryo" auftreten.

Wichtigstes Hindernis nach nordkoreanischer Vorstellung ist nicht etwa die Systemverschiedenheit oder aber der Wille irgendeines Teils des koreanischen Volkes, sondern vielmehr die militärische Präsenz der USA, die als "äußere Intervention" gewertet wird und die weder durch die angebliche "Aggressionsgefahr aus dem Norden" noch durch die angebliche Zustimmung des südkoreanischen Volkes gerechtfertigt sei.

Um die Amerikaner zum Verlassen Südkoreas zu motivieren, hat Pyonyang einen amerikanisch-nordkoreanischen Dialog vorgeschlagen, an dessen Ende das Waffenstillstandsabkommen von 1953 durch einen Friedensvertrag ersetzt werden soll. Nach den Vorstellungen der nordkoreanischen Führung könnte ein solcher Dialog allerdings nur geführt werden, wenn die Amerikaner nicht auf einer Teilnahme der südkoreanischen Seite bestehen.

Diese Vorschläge sind nicht neu, wurden aber im August 1981 erneut vorgetragen, und zwar von der KP Nordkoreas sowie 22 anderen politischen "Parteien" und gesellschaftlichen Organisationen. China stellte sich sofort entschieden hinter diesen erneuten Vorschlag (XNA, 8.8.81). Wenn es ein Hindernis für einen solchen "Dialog" zwischen Nord und Süd gebe, so die "Sabotage- und Spaltungstätigkeit der militärdiktatorischen Clique um Chun Tu Hwan", die die Schaffung von zwei koreanischen Teilstaaten anstrebe und an dem Standpunkt Park Chung Hees festhält, daß Süd- und Nordkorea gemeinsam in die UNO eintreten sollen oder aber, daß Südkorea alleine Mit-

glied der UNO werden möge (XNA, 8. und 17.8., 11.9.81).

c) Negative Beurteilung der US-Präsenz in Südkorea

China leistet der nordkoreanischen Führung in allen Fragen, die die US-Präsenz betreffen, Lippendienste, ob nun ein amerikanisches Erkundungsflugzeug über Nordkorea auftaucht (XNA, 3.9.81), ob gegen die These von einer "Invasionsdrohung aus dem Norden" zu polemisieren ist (XNA, 3.8.81) oder ob die USA an Südkorea moderne Waffen liefern. So z.B. vereinbarten Ende April 1981 US-Verteidigungsminister Weinberger und sein südkoreanischer Amtskollege bei einem zweitägigen Sicherheitstreffen in San Francisco die Lieferung von 1.000 leichten Panzern des Typs M-55-1 und von F-16-Jägern (XNA, 17.9.81). RMRB (4.5.81) wirft den Amerikanern vor, Anfang Februar militärische Manöver zusammen mit südkoreanischen Verbänden südlich der Demarkationslinie und in den Gewässern Südkoreas abgehalten zu haben. Amerikanische Maßnahmen zur Stärkung der südkoreanischen Militärmacht liefen dem gemeinsamen Wunsch des koreanischen Volkes nach Wiedervereinigung zuwider. Die US-Behörden sollten mit solchen Einmischungsmaßnahmen aufhören.

d) Südkorea

Über die Zustände in Südkorea weiß die chinesische Propaganda nur Negatives zu berichten. Beliebte Themen sind die Flucht südkoreanischer Soldaten nach Nordkorea (z.B. XNA, 6.10.81), südkoreanische Studentendemonstrationen (XNA, 10.10.81), die Einrichtung neuer Sondergefängnisse (XNA, 6.10.81), die Einkerkierung des oppositionellen Kim Dae Jung (XNA, 18.9.81), die ständige Aufbereitung des Kwangju-Aufstands vom 17. Mai 1980 und der ständig weiter vorangetriebene Ausbau der "Militärdiktatur".

e) Handelsbeziehungen Chinas mit Südkorea?

Hand in Hand mit der Einschätzung Südkoreas laufen fast permanent Auseinandersetzungen mit der "antichinesischen Propaganda" Moskaus, die immer wieder von einer Zusammenarbeit Chinas mit Südkorea spricht. Chinas Handel mit Südkorea habe beispielsweise i. J. 1980 die Höhe von 1 Mrd. US\$ erreicht (BRU 1981, Nr. 15, S. 12). Schon im März 1981 hatte das Außenhandelsministerium in Beijing darauf hingewiesen, daß es keinerlei chinesischen Handel mit Südkorea gebe (XNA, 12.3.81). Trotzdem wollen Gerichte nicht verstummen, die von einem einträglichen Handel zwischen beiden Staaten sprechen, so z.B. das Asian Wallstreet Journal (13.2.81), das von einem bilateralen Handelsaustausch in Höhe von 300 Mio. US\$ i. J. 1980 spricht. Bis 1978 habe es allerdings keine Beziehungen gegeben, doch seitdem habe Südkorea vor allem elektronische Produkte nach China ausgeführt, während China im Gegenzug hauptsächlich Kohle lieferte. Nach Angaben des Hongkonger Census and Statistics Department wurden südkoreanische Güter, die für China bestimmt waren, zwischen Januar und Oktober 1980 in Höhe von 28 Mio. US\$ über Hongkong verfrachtet. Noch ein Jahr vorher

waren es nur 3 Mio. US\$ gewesen. Die offizielle chinesische Leugnung dieses Handels ist allem Anschein nach an die Adresse Nordkoreas gerichtet, das man auf diesem Weg offensichtlich um Verständnis bittet. Chinas Politik erweist sich in der Korea-Frage als höchst zwiespältig. Dies gilt nicht zuletzt auch im Hinblick auf sein objektives Interesse an einer Erhaltung des Status quo in Korea; denn kaum an einem anderen Punkt der Erde muß den Chinesen amerikanische Militärpräsenz willkommener sein als in Südkorea, das ja im Zugriffsbereich sowjetischer Fernostverbände liegt.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8) Zhao Ziyang fordert Umstrukturierung der alten Weltwirtschaftsordnung

Auf der vom 22. bis 23. Oktober in Cancun (Mexiko) stattgefundenen Nord-Süd-Gipfelkonferenz, an der 22 Länder teilnahmen, betonte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang, daß es nur durch eine Umstrukturierung der alten Weltwirtschaftsordnung möglich sein werde, ein ungehindertes Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zu gewährleisten. Dieses Wirtschaftswachstum werde die Nord-Süd-Beziehungen verbessern und zu einer Wiederbelebung der Weltwirtschaft führen (XNA, 23.10.81; vgl. für die chinesische Haltung zum Nord-Süd-Konflikt und zur neuen Weltwirtschaftsordnung die ausführliche Darstellung von Oskar Weggel, Nord-Süd-, Süd-Süd- und Ost-Süd-Beziehungen im Zeichen der Entwicklungshilfe-, Blockfreien- und Abrüstungsproblematik, C.a., August 1981, S.507-512).

Der chinesische Ministerpräsident sieht die Welt gegenwärtig mit zwei eng miteinander verbundenen Problemen konfrontiert: die Erhaltung des Friedens und die Förderung der Entwicklung. Auf der Konferenz merkte er an, daß das Auftreten einer großen Zahl von Entwicklungsländern die Weltlage nach dem 2. Weltkrieg fundamental verändert habe. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder sei immer noch vielfältigen äußeren Behinderungen unterworfen. In der Vergangenheit seien die Entwicklungsländer für lange Zeit imperialistischer und kolonialer Vorherrschaft unterworfen gewesen und ausgeplündert worden; auch heute noch wären sie durch ungerechte und ungleiche internationale Beziehungen behindert. Vor diesem historischen Hintergrund und unter den vorherrschenden Umständen teilten alle Entwicklungsländer die Forderung nach einer Reform der alten und der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Zhao Ziyang betonte, daß Spannungen in den Nord-Süd-Beziehungen kaum verhindert werden könnten, wenn die entwickelten Länder ihre auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit beruhende Haltung gegenüber den Entwicklungsländern beibehalten würden. Die entwickelten Länder seien unklug, die

Reform der alten Weltwirtschaftsordnung unter dem Vorwand ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuweisen (XNA, 23.10.81).

Konkreter als Zhao Ziyang hatte Anfang Oktober Li Baohua, Präsident der Volksbank und Chinas Gouverneur beim Weltwährungsfonds, im Hinblick auf die Nord-Süd-Konferenz zur neuen Weltwirtschaftsordnung Stellung genommen. Die Wachstumsraten der Entwicklungsländer seien zurückgegangen und in einigen Fällen sogar negativ geworden. Die realen Austauschverhältnisse (terms of trade) hätten sich verschlechtert, die Zahlungsbilanzdefizite seien größer geworden, und die Belastung durch den Schuldendienst steige ständig. Die Lücke zwischen den Reichen und den "Habenichtsen" verbreitere sich. Der wirtschaftliche Niedergang in den Entwicklungsländern habe nicht nur für diese selbst gravierende Auswirkungen, auch der Prozeß der wirtschaftlichen Erholung in den Industrieländern werde tangiert. Eine Verbesserung der Lebensumstände in den Entwicklungsländern werde negativ beeinflusst, was zu sozialen und politischen Unruhen führen und Gelegenheiten für hegemonistische Expansionen schaffen könne (XNA, 1.10.81).

Auf der Konferenz in Cancun nannte der chinesische Ministerpräsident fünf Prinzipien für die Förderung der weltweiten Zusammenarbeit bei der Entwicklung:

(1) Den Entwicklungsländern soll aktive Unterstützung bei all ihren Bemühungen gegeben werden, ihre Volkswirtschaften zu entwickeln, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen und kollektive Eigenständigkeit zu praktizieren.

(2) Die bestehende Weltwirtschaftsordnung soll nach den Prinzipien der Gerechtigkeit, Vernünftigkeit, Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens umstrukturiert werden.

(3) Bei der Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung soll die Lösung der dringenden Probleme der Entwicklungsländer einbezogen werden.

(4) Die Entwicklungsländer sollen berechtigt sein, Entwicklungsstrategien zu verfolgen, die ihren eigenen Bedingungen angepaßt sind. Die entwickelten Länder sollen nicht interne Reformen in den Entwicklungsländern als Voraussetzung für die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung fordern.

(5) Ernsthafte Nord-Süd-Verhandlungen geführt werden, die darauf gerichtet sind, den wirtschaftlichen Status der Entwicklungsländer im Interesse des Wachstums der Weltwirtschaft und der Erhaltung des Friedens zu fördern (XNA, 23.10.81).

Das Ergebnis der Konferenz liest sich aus chinesischer Sicht nach dem zusammenfassenden Bericht zweier Korrespondenten der Xinhua-Nachrichtagentur wie folgt: Einigkeit sei zwischen den an der Konferenz teilnehmenden Industrie- und Entwicklungsländern erreicht worden, weltweite Verhandlungen auf der Basis des gegenseitigen Einverständnisses und unter Bedingungen zu beginnen, die die Aussicht auf bedeutungsvollen Fortschritt eröffnen. Im Zuge der Vorbe-

ereitung der Verhandlungen gibt es Differenzen in bezug auf das Verhältnis von weltweiten Konferenzen und gewissen spezialisierten internationalen Institutionen. Die Entwicklungsländer haben sich dem Standpunkt der Industrieländer angepaßt, daß weltweite Verhandlungen im Prinzip nicht Kompetenzen und Funktionen der verschiedenen spezialisierten Organisationen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen gefährden dürfen. Alle Vereinbarungen sollen durch Konsultationen geschlossen werden. Die Konferenz von Cancun sei, so die Korrespondenten weiter, ein Schritt auf dem Wege zum Nord-Süd-Dialog, doch eine definitive Antwort auf die Frage nach Art und Weise der in Gang zu setzenden Vorbereitungen für die Verhandlungen sei nicht gegeben worden. Die Position der Vereinigten Staaten werde immer noch mit Sorge betrachtet; es sei jedoch zu hoffen, daß die Vereinigten Staaten die allgemeinen Interessen über alles andere setzen und keine weiteren Schwierigkeiten für den Dialog bereiten würden (XNA, 26.10.81).

-lou-

INNENPOLITIK

(9) 32. Jahrestag der Gründung der VRCh: "Situation besser als erwartet"

Auf einem Empfang am Vorabend des 32. Jahrestages der Gründung der Volksrepublik China bezeichnete Ministerpräsident Zhao Ziyang die gegenwärtige Situation in China als "besser als erwartet". In diesem Jahr sei es gelungen, die Volkswirtschaft weiter zu sanieren, und man habe eine Reihe von "ziemlich komplizierten Problemen" gelöst. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft erwarte man trotz der vielen Naturkatastrophen dieses Jahres eine Getreideproduktion, die in etwa der des Jahres 1979 entsprechen werde. Ein großes Wachstum sei auf dem Gebiet der Leichtindustrie erzielt worden, und die Ziele der Schwerindustrie würden dementsprechend abgestimmt. Die Marktpreise seien im großen und ganzen stabil und es werde ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt erreicht werden können. Deshalb sei die Situation im Lande "gut", obwohl man nach wie vor mit "vielen Schwierigkeiten" konfrontiert sei.

In seinem Leitartikel zum 32. Jahrestag der Gründung der VRCh forderte das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", die Parteimitglieder auf, nun endlich energisch an die Arbeit zu gehen, um die anstehenden Aufgaben zu lösen. Leider gebe es immer noch "einige Genossen", die meinen, daß sich die Politik des Zentralkomitees erneut ändern könnte. Aufgrund dieser Fehleinschätzung nähmen diese Parteimitglieder nach wie vor eine abwartende Haltung ein. Diese Situation dürfe nicht weiter fortbestehen, zumal die politische Linie eindeutig festgelegt worden sei und sich auch nicht mehr ändern werde. Auch die "Volkszeitung" pries die wirtschaftlichen Erfolge des Jahres 1981, insbesondere auf dem landwirtschaftlichen